



1/2015

Kiel, 6. Januar 2015

Zuwanderungsbeauftragter warnt vor Stimmungsmache gegen Flüchtlinge

Kiel (SHL) - Angesichts der Rauchbombe, die unbekannte Täter in einer Unterkunft für Asylsuchende in Grabau gezündet haben und im Hinblick auf die Attacken von bekennenden Rechtsradikalen gegen eine engagierte Kommunalpolitikerin in Boostedt, warnt der Zuwanderungsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein vor Stimmungsmache gegen Flüchtlinge.

„Unabhängig, ob sich beweisen lässt, dass die Rauchbombe in Grabau aus ausländerfeindlichen Gründen eingesetzt wurde, wird schon seit einiger Zeit in Schleswig-Holstein gegen Asylsuchende gehetzt und versucht, Stimmung gegen Schutzsuchende zu machen. Nicht nur in Neumünster und Kiel tauchen Flugblätter der NPD auf, sondern auch in anderen Orten in denen Flüchtlinge leben“, sagte Stefan Schmidt heute in Kiel.

Schutzsuchende seien in dem letzten Jahr vermehrt zur Zielscheibe rechtsextremer Propaganda geworden. „Meist knüpfen die Rechtsradikalen an weit verbreitete rassistische und nationalistische Ressentiments an, erzeugen Ängste in der Region und verbinden diese mit Drohgebärden“, so der Zuwanderungsbeauftragte. Unter vermeintlich bürgerlichem Deckmantel würden „einfache Lösungen“ suggeriert, die zum Beispiel die Ausweisung von Flüchtlingen durch deren Abwertung (beispielsweise als Wirtschaftsasylanten) berechtigt erscheinen lassen.

Mit dem Schüren von Ängsten vor angeblicher Überfremdung „versuchen die rechten Ratenfänger Ihre Anhängerschaft zu erweitern und dadurch politischen Einfluss zu gewinnen“, meinte Schmidt. „Dabei sprechen die Zahlen eine ganz andere Sprache. Bei 2,8 Millionen Einwohnern und 7.000 neu aufgenommenen Flüchtlingen kann wohl keiner ernsthaft behaupten, Schleswig-Holstein nähme zu viele Schutzsuchende auf.“

Während in Schleswig-Holstein vielerorts eine große Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung bestehe und sich immer mehr Freundeskreise in der ehrenamtlichen Flüchtlings-solidaritätsarbeit engagierten, „erfahren die rechten Stimmungsmacher wie PEGIDA eine Gesprächsbereitschaft von mancher politischer Seite, die diesen angesichts der offen gezeigter Fremdenfeindlichkeit nicht zugebilligt werden sollte“, sagte der Zuwanderungsbeauftragte.

Von den politischen Parteien erwarte Schmidt ein klares Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft und der Aufnahme von Flüchtlingen - und kein Verständnis für die Montagsdemonstranten.